



Liebe Leserinnen und Leser,

in drei Monaten ist Bundestagswahl. Mit ihr wird die Ära Angela Merkel nach 16 Jahren zu Ende gehen. Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Amtszeit viele behindertenpolitische Errungenschaften begleitet: von der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention über die Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts bis hin zum Bundesteilhabegesetz. Für Menschen mit Behinderungen sind diese Entwicklungen erfreulich. Sie sind aber nicht das Ende des Weges. Bis zum Erreichen von gleichen Chancen und Rechten bleibt viel zu tun. Und so schauen wir als politisches Aktionsbündnis der anstehenden Wahl mit Spannung entgegen.

Wie zu jeder Bundestagswahl hat der Deutsche Behindertenrat ein Papier mit zentralen Forderungen zusammengestellt. Es geht um Inklusion in Krisenzeiten, den Schutz vor Diskriminierung und den Abbau von Barrieren in der digitalen und der analogen Welt. Wir rufen alle Mitglieder, Unterstützer*innen und Verfechter*innen von Inklusion dazu auf, Abgeordnete in ihrem Wahlkreis zu kontaktieren und die Forderungen des Deutschen Behindertenrates zur Geltung zu bringen.

Der 26. September 2021 ist ein wichtiger Tag für das gesellschaftliche und politische Klima in Deutschland. Als Deutscher Behindertenrat unterstützen wir die Aktion "**Wir für Menschlichkeit und Vielfalt**", die sich gegen jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung, Hass und Hetze stellt. Um weiterhin in einer offenen, vielfältigen und inklusiven Gesellschaft zu leben, zählt jede Stimme. Bitte nutzen Sie Ihre und stehen Sie gemeinsam mit uns für gegenseitigen Respekt, Zusammenhalt und ein friedvolles Miteinander ein.

Die Forderungen des DBR

1. Inklusion in Krisenzeiten

Die Corona-Pandemie bedeutet für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen eine besondere Belastung, ein erhöhtes Gesundheitsrisiko sowie eingeschränkte Handlungsfreiheiten aufgrund eines falsch verstandenen Schutzbedürfnisses. Um den Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) weiterhin gerecht zu werden und Inklusion politisch und gesellschaftlich voranzubringen, fordert der DBR den Aufbau stabiler Unterstützungsstrukturen. Dazu zählen unter anderem eine finanzielle und personelle Entlastung der Familien, der Aufbau kommunaler Anlaufstellen sowie das Sicherstellen von schulischer und beruflicher Teilhabe.

2. Schutz vor Diskriminierung

Menschen mit Behinderungen erleben eine Vielzahl von Diskriminierungen in ihrem Alltag. Um ein diskriminierungsfreies Leben gemäß UN-BRK zu ermöglichen, fordert der DBR eine umfassende Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sowie die Verabschiedung der 5. Gleichbehandlungsrichtlinie der Europäischen Union.

3. Digitale Barrierefreiheit

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt: Bei digitaler Barrierefreiheit allein auf freiwillige Zielvereinbarungen zu setzen, ist weitgehend erfolglos. Um insbesondere die Privatwirtschaft zu barrierefreien Lösungen zu veranlassen, bedarf es gesetzlicher Regelungen. Digitale Barrierefreiheit muss in allen Bereichen – von Gesundheit bis Mobilität – konsequent berücksichtigt und umgesetzt werden. Nur so können alle Menschen gleichermaßen von der Digitalisierung profitieren und teilhaben.

[Zu den Forderungen des DBR \(Kurzfassung\) >>](#)

[Zu den Forderungen des DBR \(Langfassung\) >>](#)

Wir für Menschlichkeit und Vielfalt

Der Deutsche Behindertenrat unterstützt "Wir für Menschlichkeit und Vielfalt". Mit der Aktion stellen sich über 716 Initiativen, Einrichtungen und Verbände aus der Behindertenhilfe und der Sozialen Psychiatrie im Superwahljahr 2021 geschlossen jeglicher Form von Diskriminierung und Ausgrenzung, Hass und Hetze entgegen. [Zur Pressemitteilung >>](#)



Die Parteien und Inklusion

Das Sekretariat des Deutschen Behindertenrats hat die Wahlprogramme der Parteien nach den Themen Inklusion, Barrierefreiheit und Teilhabe durchleuchtet und stellt an dieser Stelle einige der Forderungen und Versprechen für die kommende Legislaturperiode zusammen.



Das Wahlprogramm der CDU/CSU

Mit der CDU/CSU soll Inklusion zum gelebten Alltag werden, in dem Menschen mit Behinderungen das Recht auf eine barrierefreie Umwelt haben und in allen Bereichen selbstverständlich teilhaben. Hierfür möchte die Partei unter anderem:

- das Behindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln, damit Menschen mit Einschränkungen, ältere Menschen oder zeitweise Erkrankte das tun können, was für alle selbstverständlich ist: den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, einen Geldautomaten bedienen oder die Nachrichtensendung verfolgen (Seite 62),
- das betriebliche Eingliederungsmanagement stärken und Frühwarnsysteme sowie effiziente Präventivmaßnahmen ausbauen, um das Fachkräftepotential von Menschen mit Behinderung zu nutzen (Seite 62),
- ein zukunftsfähiges Entgeltsystem in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung erarbeiten (Seite 62),

- die barrierefreie Medienvielfalt fördern (Seite 62),
- Programme gegen Diskriminierung und Rassismus und für Integration und Inklusion fortsetzen und stärker fördern (Seite 138),
- einen digitalen, wohnortnahen und möglichst barrierefreien Weg zum Beispiel zu Arztpraxen, Notfallversorgung, Apotheken, Hebammen, Physiotherapie, Sanitätshäusern und Gesundheitshandwerken ermöglichen (Seite 64).

[Zum Wahlprogramm der CDU/CSU >>](#)



Das Wahlprogramm der SPD

Die SPD möchte "eine Gesellschaft, die inklusiv und solidarisch ist und allen Bürger*innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich macht." Hierfür möchte die Partei unter anderem:

- barrierefreie Mobilitätsstationen an Knotenpunkten einrichten, damit möglichst viele Menschen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen (Seite 11),
- Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien bündeln, die von Krankheit oder Behinderung betroffen sind, und Angebote von außerschulischer Bildung bis Kinderschutz unter einem Dach zusammenfassen (Seite 40),
- ein Modernisierungsprogramm aufsetzen, das die Sanierung und digitale Ausstattung von Schulen umfasst und mehr Lehr- und Lernmaterialien für inklusive, ganzheitliche Bildung zur Verfügung stellt (Seite 13),
- die Schwerbehindertenvertretungen stärken, die Weiterentwicklung der Ausgleichsabgabe unterstützen und eine einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber*innen kleiner und mittlerer Unternehmen schaffen (Seite 44),
- die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern und verbindliche Branchentarifverträge schaffen (Seite 28),
- Bürger*innen zur digitalen Selbstbestimmung befähigen, ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen durchsetzen und Volkshochschulen fördern, um digitale Bildung kostengünstig, barrierefrei, inklusiv zu ermöglichen (Seite 14),
- generationenübergreifende, alternative und barrierefreie Wohnformen in Städten und Quartieren fördern (Seite 38),
- ein Bundesprogramm "Barrierefreiheit" aufsetzen, um den Mangel an barrierefreien und barrierearmen Wohnungen, Sporthallen und anderen Freizeiteinrichtungen zu beheben (Seite 44),
- barrierefreie Angebote in den Medien ausbauen (Seite 50),
- Breiten- und Leistungssport fördern für sozialen Zusammenhalt, Inklusion, Integration und gegen Diskriminierung (Seite 47).

[Zum Wahlprogramm der SPD >>](#)

Das Wahlprogramm der Grünen

"Bündnis 90/Die Grünen" tritt für eine inklusive Gesellschaft ein, möchte Diskriminierung bekämpfen, Barrieren beseitigen sowie Selbstbestimmung und eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Um das zu erreichen, möchte die Partei unter anderem:

- Arbeitgeber*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen, den Wechsel von Werkstätten in den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern und Menschen, die das Budget für Arbeit nutzen, in der Arbeitslosenversicherung absichern (Seite 61),
- in die berufliche und berufsbegleitende Bildung investieren und Hürden, die beispielsweise Menschen mit Behinderungen im Weg stehen, abbauen (Seite 35),
- ein Bundesinklusionsgesetz auf den Weg bringen, alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe inklusiv gestalten und Länder und Kommunen mit einem Bundesmodellprogramm dabei unterstützen (Seite 54),
- Teilhabeleistungen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und Hochschulbildung, unabhängig von Einkommen und Vermögen sowie im Sinne von Menschen mit Behinderungen schnell gewähren (Seite 61),
- Menschen mit Behinderungen die benötigten Gesundheitsleistungen, Hilfsmittel oder häusliche Pflege zukommen lassen und Hürden mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan abbauen (Seite 67),
- die eigenen Gesundheitsdaten möglichst barrierefrei und sicher zugänglich machen (Seite 67),
- mehr barrierefreien Wohnraum schaffen und den Abbau von Barrieren in Städten und Dörfern unterstützen (Seite 93),
- das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen (Seite 69) und Barrieren in Wohnungen sowie im Wohnumfeld abbauen (Seite 74),
- Orte des Miteinanders, gegen Einsamkeit und für gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen (Seite 72),
- allen öffentlichen Verkehrsmitteln flächendeckend barrierefrei zugänglich machen (Seite 74),
- mehr Kitaplätze für Kindern mit und ohne Behinderungen schaffen, einen individuellen Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung für jedes Grundschulkind mit und ohne Behinderung umzusetzen (Seite 77),
- Grundschulen zu inklusiven Orten der Ganztagsbildung entwickeln und die notwendigen Prozesse mit einem Begleitprogramm fördern (Seite 78),
- den Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze im Jahr erweitern und die Rahmenbedingungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen attraktiver und inklusiver machen (Seite 97),
- Sportstätten und Bewegungsräume in der Wohnungsbaupolitik und Quartiersplanung fest verankern sowie bestehende Flächen sanieren, um ausreichend und barrierefreie Angebote zu schaffen (Seite 111),
- die Verabschiedung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie

- vorantreiben, um die UN-Behindertenrechtskonvention auf europäischer Ebene rechtlich umzusetzen (Seite 125),
- die individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im Land ermöglichen, auch in strukturschwachen Regionen (Seite 68),
- die Verwaltung modernisieren und barrierefreie E-Government-Dienstleistungen ausbauen (Seite 87).

[Zum Wahlprogramm der Grünen >>](#)



Das Wahlprogramm der FDP

Die FDP fordert umfassende Barrierefreiheit und mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen. Um dieses Ziel zu erreichen, möchte die Partei unter anderem:

- Menschen mit Behinderungen und Lernschwäche fördern, Förderschulen erhalten und die Wahl zwischen Regelunterricht und speziellen Klassen oder Schulen den Familien überlassen (Seite 16),
- vollständige und umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum umsetzen (Seite 29),
- virtuelle Verwaltungen nach dem "Once-Only-Prinzip" einführen und alle notwendigen Amtsgänge digital und barrierefrei möglich machen (Seite 30),
- ein ganzheitliches Diversity Management als Alternative zu Quoten voranbringen und gleiche Chancen für Aufstieg schaffen sowie die Strukturen der Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten im öffentlichen Dienst in das Diversity Management einbinden (Seite 33),
- die Beratung und Arbeitsvermittlung für Menschen mit Behinderungen verbessern, das Budgets für Arbeit praxistauglicher ausgestalten und die Chancen von Werkstattbeschäftigten auf eine reguläre Beschäftigung verbessern (Seite 33/34),
- den Bestand an barrierefreiem oder barrierearmen Wohnraum erweitern (Seite 84),
- Menschen mit Behinderungen beim Wohnen die freie Wahl überlassen, Anspruch auf alle Sozialleistungen unabhängig davon gewähren sowie das persönliche Budget einfach und unbürokratisch nutzbar machen (Seite 86),
- öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten (Seite 89),
- Werte im Sport schützen und soziale Kompetenzen, Integrationsbereitschaft und Inklusion nachhaltig vermitteln (Seite 54).

[Zum Wahlprogramm der FDP >>](#)



Das Wahlprogramm der Linken

Die Partei "Die Linke" sieht Inklusion als gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, will die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland verbindlich umsetzen und Menschenrechte nicht unter Kostenvorbehalt stellen. Die Partei möchte unter anderem:

- Sonderbedarfe für chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung beziehungsweise des Bundesteilhabegesetzes gewähren (Seite 26),
- Teilhabeleistungen bedarfsdeckend, einkommens- und vermögensunabhängig nach bundesweit einheitlichen Kriterien gewähren und durch Bundesmittel finanzieren sowie ein Teilhabegeld einführen (Seite 108),
- Assistenz für Menschen mit Behinderung als Leistung in eine Pflege-Vollversicherung aufnehmen (Seite 33),
- das Gesundheitswesen von Barrieren befreien und Selbstbestimmungsrechte von Menschen mit Behinderungen in der Pflege wahren (Seite 34/35),
- das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und Elternschaft für Frauen* mit Behinderungen umsetzen und flächendeckend Wohn- und Unterstützungsleistungen zur Verfügung stellen (Seite 101),
- Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umbauen und ausstatten, notwendige Hilfen "aus einer Hand" anbieten, das Recht auf inklusive Bildung sowie auf gemeinsames Lernen in der Regelschule gesetzlich verankern und ein 2-Lehrer*innen-System umsetzen (Seite 46),
- Kommunen und Regionen inklusiv, demokratisch und gemeinwohlorientiert aufbauen (Seite 54),
- den Zugang zu Verkehrsangeboten ohne Smartphone und App ermöglichen und in selbstfahrenden Fahrzeugen Hilfspersonal einsetzen (Seite 96),
- Selbstbestimmung als wichtigstes Prinzip in die Behindertenpolitik verankern und einklagbar machen (Seite 106),
- das Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen garantieren und die Arbeitsbedingungen der Assistenzkräfte verbessern (Seite 106),
- die Beratungsstellen der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung so ausstatten, dass sie ihre Dienste langfristig barrierefrei anbieten können (Seite 106),
- die gesetzliche Beschäftigungsquote für Unternehmen auf sechs Prozent anheben und die Ausgleichsabgabe entsprechend der Umsätze des Unternehmens erhöhen (Seite 107),
- Inklusionsunternehmen stärker fördern und ausweiten, die Arbeit in Werkstätten beschränken und mit gesetzlichem Mindestlohn vergüten (Seite 107),
- Privatwirtschaft gesetzlich zu umfassender Barrierefreiheit verpflichten und ein Verbandsklagerecht einführen (Seite 107),
- altersgerechte, gemeinnützige, inklusive und vielfältige

- Wohn- und Betreuungsformen schaffen (Seite 30),
- den Bedarf an barrierefreien Wohnungen decken und öffentliche Investitionen, Fördergelder und Vergabe an Barrierefreiheit koppeln (Seite 107),
- Gesetze und Verordnungen in Hinblick auf die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention überprüfen und bei Bedarf ändern (Seite 107),
- barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zur Kultur schaffen (Seite 138),
- Zugangsbedingungen zum Sport verbessern und inklusiven, integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport fördern (Seite 141).

[Zum Wahlprogramm der Linken >>](#)

Medien und Publikationen



[Bundestagswahl in Einfacher Sprache](#)

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat eine Themenseite zur Bundestagswahl 2021 in Einfacher Sprache erstellt. Auf der Seite finden sich ein Lexikon mit Begriffen rund um Wahlen und Hefte aus der Reihe "einfach POLITIK". Die Hefte gibt es kostenlos als Download, als Hörbuch und zum Bestellen in der Printversion. [Zur Seite >>](#)

[RBB-Talk: Wer schafft's ins Kanzleramt?](#)

Am 17. Mai 2021 sind Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) erstmals seit ihrer Benennung als Kanzlerkandidat*innen in einer Talkrunde aufeinander getroffen. Themen waren unter anderem die eigenen Ambitionen und die Finanzierbarkeit der Vorhaben. [Zum Video \(mit Untertiteln\) >>](#)

- Der Verein "Kellerkinder e.V." hat im Mai drei Gesprächsrunden mit den behindertenpolitischen Sprecher*innen von SPD, FDP und Grünen veranstaltet. Mitschnitte sind mit Untertiteln auf YouTube abrufbar. Zum Video mit:
 - [Angelika Glöckner \(SPD\) >>](#)
 - [Jens Beeck \(FDP\) >>](#)
 - [Corinna Rüffer \(Bündnis 90/die Grünen\) >>](#)
- Der Bundesverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen "VENRO" hat Anfang Juni eine digitale Podiumsdiskussion mit Spitzenpolitiker*innen zur Bundestagswahl 2021 und zu der Frage "Was ist weltweit wichtig?" veranstaltet. [Zum Video \(mit Untertiteln\) >>](#)
- In den deutschen Parlamenten sind nur sehr wenige Menschen mit Behinderung vertreten. Wiebke Richter von den Grünen möchte das ändern und kandidiert für einen Sitz im Deutschen Bundestag. BR24 hat mit ihr über Inklusion in der Politik

- und in ihrer Heimatstadt Regensburg gesprochen. [Zum Artikel >>](#)
- Der Bundestag stellt auf seiner Seite Informationen in Leichter Sprache zur Verfügung – unter anderem zur Bundestagswahl und zur Wahl der Bundeskanzlerin beziehungsweise des Bundeskanzlers. [Zur Seite in Leichter Sprache >>](#)
 - Die Broschüre "Wählen ist einfach: Die Bundestags-Wahl" von der Jugend im Sozialverband Deutschland ist eine Wahlhilfe in Leichter Sprache zur Bundestagswahl 2021. [Zur Broschüre >>](#)
 - Auch die Lebenshilfe hat eine Wahlhilfe in Leichter Sprache erstellt. Sie enthält unter anderem Informationen zu den Wahlen im Jahr 2021 und erklärt, wie Wahlkampf funktioniert und wie gewählt wird. [Zur Wahlhilfe >>](#)

Veranstaltungshinweise

- **25. Juni 2021:** Online-Veranstaltung "Politische Partizipation auf Landesebene" von "Pro Retina". Anmeldung: politik2@pro-retina.de. [Zur Veranstaltung >>](#)
- **Ab 30. Juni 2021:** Podiumsdiskussionen anlässlich VdK-Aktion "Sozialer Aufschwung JETZT!" zur Bundestagswahl 2021. [Zu den Veranstaltungen >>](#)
- **Ab 15. Juli 2021:** Veranstaltungsreihe "Einfach erklärt" der Berliner Landeszentrale für politische Bildung [Zur Veranstaltungsreihe >>](#)

Deutscher Behindertenrat (DBR)

c/o BAG SELBSTHILFE
Mariendorfer Damm 159
12107 Berlin

Telefon: +49 (0) 211 31006 - 54/55
Fax.: +49 (0) 211 31006 - 66

E-Mail: info@deutscher-behindertenrat.de
Webseite: www.deutscher-behindertenrat.de
Twitter: [@dbr_info](https://twitter.com/dbr_info)

Hinweis: Der DBR-Newsletter enthält oder verlinkt auf Informationen und Inhalte von Dritten. Diese haben wir nicht auf Barrierefreiheit geprüft.